

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie,
herrschaftslose gesellschaft

Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges

Interview mit Mohssen Massarrat: „Dieses Dilemma ist das Ergebnis der einseitigen Politik des Westens“

Droht ein neuer Krieg? Die Verschärfung des Embargos gegen den Iran durch die Europäische Union und die enorme Konzentration von Kriegsschiffen der USA und Großbritanniens im Persischen Golf deuten darauf hin, dass ein Militärschlag gegen den Iran vorbereitet wird. Über die Kriegsgefahr, die Situation im Iran und mögliche Perspektiven der Friedensbewegungen sprachen GWR-Redakteur Bernd Drücke und die GWR-PraktikantInnen Monika und Jonathan mit dem emeritierten Osnabrücker Politikwissenschaftler Prof. Dr. Mohssen Massarrat (1). (GWR-Red.)

Bernd Drücke: Wie sind Sie im Iran aufgewachsen? Wie haben Sie später Ihr Leben in der Bundesrepublik gelebt?

Mohssen Massarrat: Aufgewachsen bin ich in Teheran, wo ich zur Schule gegangen bin und mein Abitur gemacht habe. Während des ersten Ölkonflikts zwischen dem Westen und Iran war ich noch Schüler. In dieser Zeit, den 1950er Jahren, hat sich im Iran eine nationale Bewegung entwickelt, die zwei Ziele hatte:

1. Die Demokratisierung des Landes, sprich freie Wahlen.
2. Die Durchsetzung nationaler

Unabhängigkeit, durch Verstaatlichung des Ölsektors. Damals beherrschte Großbritannien durch einen neokolonialistischen Vertrag den iranischen Ölsektor. Dieser sollte rückgängig gemacht werden. Meine eigene Politisierung erfolgte somit während des ersten internationalen Konflikts in der Ölfrage zwischen dem Westen und dem Iran Anfang der 1950er Jahre. Sie hat mich bis heute stark geprägt. Ich verfolgte den Konflikt zwischen dem Westen und Iran während meines Aufenthalts im Exil seit den 1980er Jahren und während der Golfkriege. Mich begleiten die

Konflikte des Mittleren und Nahen Ostens nicht zuletzt auch wegen meiner eigenen Biographie sehr intensiv. Ich begann mich zu engagieren, um zur Kriegsverhinderung einen Beitrag zu leisten und um friedenspolitische Perspektiven für die Region zu entwickeln. Ich fühle mich irgendwie verpflichtet, mich wissenschaftlich und politisch mit einem folgenreichen Konflikt zu beschäftigen, der sich zwischen dem Westen und Iran seit mehreren Dekaden abspielt.

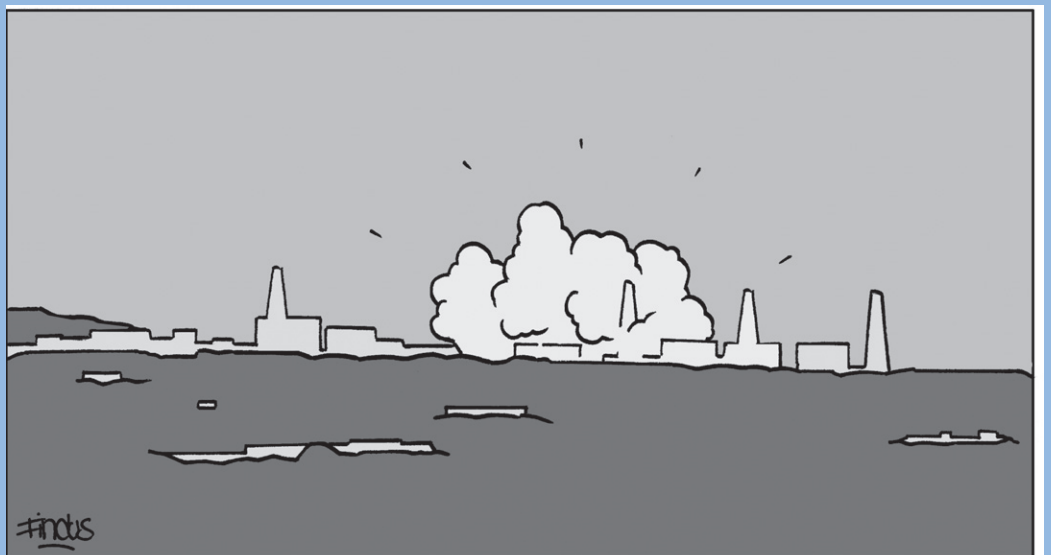
Jonathan: Wie beurteilen Sie denn die momentane Situation im Iran?

Mohssen Massarrat: Momentan ist es so, dass die Regierungspolitik durch islamistische Strömungen bestimmt wird. Es gibt zwei große Spektren, die miteinander um den Zugriff auf die Öleinnahmen wetteifern. Fortsetzung auf Seite 2

Ein Jahr Fukushima

Wo geht es zum Atomausstieg?

Schwerpunkt: Seite 11 bis 15



Super-GAU im Atomkraftwerk Fukushima, März 2011

Zeichnung: Findus

Naho Dietrich Nemoto aus Fukushima: „Auf Kosten meiner Heimat und ihrer Kinder“ ; Atomtransporte quer durch die Welt ; Uran-Konferenz ; Repression ; Perspektiven ; Analysen ...

Neu im Handel: Euthanasie!

Die politisch gewollte Einführung von Euthanasie in Europa ist auch in Deutschland in Vorbereitung.

Die ärztliche Neuorientierung in der sogenannten Sterbebegleitung wird durch die Kopplung der folgenden drei Phänomene brisant: mit der Ausweitung von Behandlungsabbruch auf immer mehr Patientengruppen geht eine Ausdehnung dieser Praxis auf Nicht-Sterbende einher bei gleichzeitig möglichem Rückgriff auf den nur mutmaßlichen Patientenwillen.

Die Fremdbestimmung und bevölkerungspolitische Lenkung des Menschen durch die kapitalistische Logik des medizinisch-technischen Machtblocks wird begleitet und verstärkt durch

einen Prozess gesellschaftlicher Ent-Solidarisierung.

Es macht sich ein Menschenbild breit, das der Vorstellung von zweckfreiem menschlichen Dasein widerspricht. Dieses entspricht den an der Marktökonomie orientierten Differenzierungs- und Ausgrenzungsprozessen, die beginnend mit den 1970er Jahren gesellschaftlich relevant werden und nachweisbar sind.

Dr. Heike Knops zeigt, wie 67 Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Eugenik, in Deutschland gedanklich und praktisch Euthanasie vorbereitet wird – sprachlich schöngefärbt als „Sterbebegleitung“.

Seite 6 f.

Ein Anti-Knast-Bericht

... von Kletteraktivistin Franziska Wittig

Seite 10



Franziska Wittig bei einer Aktion vor dem Amtsgericht Rüsselsheim.

Foto: Peter Illert

Aus dem Inhalt

Freitag:

Mit uns zieht die neue Zeit(ung)!

Seite 3

Der Silberraubbau

Gewaltfreier Widerstand im marokkanischen Imiter

Seite 4

Ein Meister aus Deutschland

Antifa-Demo gegen NSU-Terror und die Verstrickung von „Sicherheitsbehörden“. Ein Bericht

Seite 4

M 31: Mobilisierungen

Interview zu den geplanten Aktionen am 31. März

Seite 5

Aufstandsbekämpfung

Urban Operations Conference in Berlin

Seite 5

Spitzeinsatz in Heidelberg

Ein Jahr danach läuft die Aufarbeitung schleppend

Seite 8 f.

Kunstproduktion und soziale Bewegungen in Mexiko nach 68

Interview mit Arnulfo Aquino Casas

Seite 16 f.

Des Rassismus' neue Kleider

Islamfeindlichkeit und Neo-Rassismus in Deutschland

Seite 17

Geschichtssplitter

40 Jahre Graswurzelrevolution, 40 Jahre Larzac!

Seite 19

Staat oder Revolution

Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik

Seite 20

Jacques Prévert

subversiv, radikal frei, anarchisch

Seite 20

Slavoj Zizek, linke Kerle

... und die Revolution

Seite 21

Der arabische Frühling

... und was er für die Welt bedeutet

Seite 22

LiMA Radikal?

Was sollen Libertäre auf der

Linken Medienakademie?

Seite 24



Fortsetzung von Seite 1

Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges

Das sind auf der einen Seite die religiösen Gruppen von Chamenei, den „Revolutionsführer“. Und auf der anderen Seite die Anhänger von Ahmadinedschad, die sich aus den Pasdaran, den Revolutionsgarden, rekrutieren. Der Staat lebt und existiert mehr durch die Öleinnahmen, als durch Steuern. Das ist ein großer Nachteil, da es bei den Machthabern bzw. politischen Gruppierungen, die um Macht konkurrieren, in erster Linie darum geht, die Öleinnahmen zu kontrollieren, um sie möglichst unter den eigenen Anhängern zu verteilen. Die Ölabhängigkeit schafft so ein Strukturproblem für Iran und für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Jonathan: Regen sich in der Bevölkerung denn bereits neue Widerstände, oder existiert noch immer die Angst, dass die Regierung ähnlich hart durchgreift, wie bei den Oppositionsaufständen 2009?

Mohssen Massarrat: Es gibt nach wie vor eine Opposition im Iran, die massiv unterdrückt wird. Trotzdem fanden beispielsweise heute im ganzen Land Demonstrationen statt. Die zwei Führungspersönlichkeiten der Oppositionsbewegung stehen beide mit ihren gesamten Familien unter Hausarrest. Ihnen wird jeder Kontakt nach außen untersagt. Aber es gibt unterhalb der öffentlichen Ebene Widerstand. Die Menschen sind unzufrieden und warten auf eine günstige Gelegenheit dies auch nach außen zu tragen. Dies wird z.B. bei den kommenden Parlamentswahlen so sein, wo die Opposition zum Wahlboykott aufgerufen hat.

Bernd Drücke: Im Moment ist ja die Situation so, dass im Persischen Golf britische und US-amerikanische Flugzeugträger und andere Kriegsschiffe aufgefahren sind. Es ist die größte Militärmada seit dem letzten Golfkrieg. In vielen Medien wird spekuliert, dass in den nächsten Monaten möglicherweise ein Militärschlag von Israel oder den USA gegen die Atomanlagen im Iran zu erwarten ist. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Mohssen Massarrat: Die Gefahr ist sehr groß, dass ein weiterer Krieg im Mittleren Nahen Osten ausbricht. Sie ist in den letzten Wochen und Monaten größer geworden: Nachdem Israel immer wieder Drohungen ausspricht und der Westen (sowohl die USA als auch die EU) immer schärfere Sanktionen gegen Iran verhängen. Die iranische Regierung könnte sich dadurch zu Gegenmaßnahmen gezwungen sehen.

Aus dem Lager des Regimes im Iran sind als Reaktion auf die harten Sanktionen ja schon Drohungen ausgesprochen worden, die Straße von Hormus zu blockieren, um den Öllexport in die EU zu verhindern. Das wäre eine große Gefahr, weil die westlichen Staaten dann eine Rechtfertigung für einen möglichen Angriff mit ihrer Truppenarmada am Persischen Golf hätten, auf den sie möglicherweise hinarbeiten.

Diese Situation wird nicht unbedingt von Obamas Regierung selbst vorangetrieben. Obama hat sich an vielen Stellen gegen einen Krieg ausgesprochen. Auch das Umfeld von ihm ist nicht unbedingt begeisterter Kriegstreiber, aber die Neokonservativen setzen Obama unter Handlungsdruck. Die Propaganda, die im Westen seit 2003 verbreitet wird, in der der Iran für den Atomkonflikt allein verantwortlich gemacht wird, in der es offensichtlich nur darum geht zu verhindern, dass Iran Zugriff auf Atomwaffen bekommt, führt dazu, dass Iran längst von allen Seiten als Feindbild betrachtet wird. Damit hätten die Kriegstreiber im Westen ein leichtes Spiel, Obama zum Handeln zu drängen.

Es kann durchaus passieren, dass er dadurch vor den Präsidentschaftswahlen, in die Situation kommt, dass Israel gegen die Atomanlagen Irans einen Angriffskrieg startet. Damit wären Obama und die USA sofort in eine Kriegseskalation hineingezogen, mit völlig offenem Ende.

Monika: Sie schreiben in der aktuellen Oszetzy-Ausgabe unter dem Titel „Joschka Fischers Alternative – Krieg oder Nuklearmacht Iran“, dass „Israels Atomarsenal eindeutig die Hauptursache für das nukleare Wettrüsten in der Region“ ist. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?

Mohssen Massarrat: Israel ist im Mittleren Nahen Osten bis jetzt die einzige Nuklearmacht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der israelische Staat seit etwa 30 Jahren Nuklearpotentiale aufgebaut hat. Man schätzt, dass es über circa 200 bis 300 Atombomben verfügt. Inzwischen hat der Staat auch die entsprechenden Trägersysteme, die für einen Bombenabwurf im Iran nötig wären.

Israel hat dazu U-Boote, die aus Deutschland geliefert wurden, umgebaut. Sie könnten vom Indischen Ozean aus entsprechende Ziele im Iran erreichen. Israel hat sogar im Hinblick auf mögliche iranische Nuklearpotentiale eine sogenannte Zweitschlagskapazität aufgebaut, sodass es einen militärischen Vorsprung hätte, selbst wenn es Iran gelänge, Nuklearkapazitäten aufzubauen.



Mohssen Massarrat

Foto: privat

en. Deshalb ist das gegenwärtige Monopol Israels an Atomwaffen eine Ursache des Wettrüstens in der Region, auch wenn Israel bis jetzt nicht zugibt, an diesem Wettrüsten mitzuwirken. Mit seiner Absicht, die eigene Sicherheit mit Atomwaffen zu untermauern, hat sich Israel offensichtlich ins eigene Fleisch geschnitten.

Iran versucht die eigenen Nuklearkapazitäten im Rahmen völkerrechtlicher Verträge aufzubauen, da er, wie Israel auch, nach dem Atomwaffen-sperrvertrag keine eigenen Atomwaffen entwickeln darf. Deshalb hat auch Israel nie zugegeben, dass es eigene Atomwaffen besitzt. Und deshalb versucht auch Iran, unter dem Vorwand eigener friedlicher Nutzung der Nuklearenergiepotentiale, ein Atomprogramm aufzubauen. Man sieht, dass das Völkerrecht und der Atomwaffen-sperrvertrag keinen Staat daran hindern können, eigene Atomwaffen zu produzieren. Es gibt genug Möglichkeiten, den Atomwaffen-sperrvertrag zu umgehen. Israel hat damit schon vor 30 Jahren begonnen und Iran reagiert nun auf diesen atomaren Vorsprung. Die Aufrüstungseskalation in der gesamten Region ist damit vorprogrammiert.

Bernd Drücke: Welche sozialen Bewegungen sehen Sie denn, die sich gegen diese militaristische Politik, auf allen Seiten, aber vor allem auch auf der des Iran stemmen? Gibt es im Iran z.B. in Ansätzen eine Anti-Atomkraft-Bewegung? Gibt es überhaupt Kritikerinnen und Kritiker von Atomwaffen und Atomkraft oder Möglichkeiten sich oppositionell zu engagieren?

Mohssen Massarrat: Leider Nein! Es gibt sowohl im Iran, wie auch in allen anderen Staaten des Mittleren Ostens – einschließlich Israels – keine öffentliche Debatte über Atomenergie, Atomwaffen, über deren ökologische Gefahren, und über deren Vernichtungspotentiale. Darüber wird nicht diskutiert. Auch in Israel ist das ein Tabuthema und erst Recht im Iran, wo nicht einmal Ansätze der Meinungsfreiheit existieren. Man merkt anhand der innenpolitischen Konflikte, dass im Iran viele eine öffentliche Debatte darüber wünschen. Viele Iraner fühlen sich aber durch die einseitige Politik des Westens bedroht und unterstützen daher das Atomprogramm der Regierung. Sie sagen: „Israel hat Atomwaffen, warum sollen wir sie nicht haben?“ Gegen dieses Argument wird sich im Iran nur schwer eine zugkräftige Argumentation entwickeln können. Eine freie Diskussion im Mittleren Nahen Osten würde aber wahrscheinlich zu dem Ergebnis führen, dass die Region frei von nuklearen Waffen sein müsste.

Jonathan: Wenn Sie jetzt sagen, dass es nur wenige Proteste gegen Atomkraft gibt, ist dann Fukushima völlig spurlos an der Bevölkerung im Iran vorbeigegangen oder lässt die Regierung einfach nur keine Leute zu Wort kommen?

Mohssen Massarrat: Das Zweite stimmt. Die Menschen sind gerade wegen Fukushima sehr kritisch geworden. Sie sind über Internetpublikationen zu Fukushima gut informiert, daher gibt es allgemein eine negative Stimmung gegen Atomkraft. Die Menschen haben das Problem begriffen. Aber es gibt keine Möglichkeit offen darüber zu diskutieren.

Bernd Drücke: Wo sehen Sie die Aufgaben der Friedensbewegung? Was können wir als Teil der Friedensbewegung tun, um einen Krieg zu verhindern und uns politisch nahestehende Oppositionsbewegungen im Iran und in anderen Ländern zu unterstützen?

Mohssen Massarrat: Die Oppositionsbewegung im Iran würde sich wahrscheinlich, wenn sich die Situation zuspitzt, hinter die Regierung stellen, weil es ihr äußerst schwer fällt, mit dem Westen im Einklang gegen das iranische Atomprogramm zu opponieren. Sie wird das nicht tun, um nicht als Verbündete des Westens desavouiert zu wer-

den. Sie ist nicht davon überzeugt, dass Iran allein für den Konflikt verantwortlich zu machen ist. Dieses Dilemma ist das Ergebnis der einseitigen Politik des Westens. Die Opposition hat keine andere Möglichkeit, als entweder gegenüber der Atompolitik des iranischen Regimes zu schweigen, oder aber zu sagen: „Wenn der Westen uns so unter Druck setzt, und von uns verlangt, dass wir keine Atomwaffen besitzen dürfen, Israel aber außen vor lässt, dann müssen wir auf dem eigenen Atomprogramm bestehen.“

Die Haltung der Opposition im Iran ist Ergebnis westlicher Politik. Deswegen können wir nicht davon ausgehen, dass sie einen Weg gegen einen möglichen Krieg aufzeigen kann. Die Menschen sitzen zwischen den Stühlen: Auf der einen Seite ist da die westliche Politik und auf der anderen Seite die Unterdrückung durch das Regime, die sie zermürben. Ich möchte damit sagen, dass deshalb der internationalen Friedensbewegung eine große Verantwortung auferlegt zukommt. Denn sie ist die einzige Kraft, die dazu in der Lage wäre, gegen die einseitige Politik des Westens Stellung zu beziehen, Alternativen aufzuzeigen und darauf aufmerksam zu machen, dass diese westliche Politik auf dem besten Wege ist, die Voraussetzungen für einen Krieg zu schaffen. Es war immer so, dass auf Embargos Krieg folgte, wie z.B. im Irak. Nach einem zehnjährigen Embargo argumentierten die amerikanische Neo-

konservativen, dass sie so einen Staat wie den Irak mit Saddam Hussein, der angeblich über Atomwaffen verfüge, mit nicht militärischen Mitteln nicht zur Abrüstung bewegen könnten und sie begannen mit dem Krieg, nachdem sie die Weltöffentlichkeit propagandistisch hinreichend manipuliert hatten. Eine ähnliche Gefahr besteht auch jetzt, da Israel wirkungsvoll verbreiten kann, dass eine Atommacht Iran nur durch einen Krieg zu verhindern ist.

Wir haben die Aufgabe diese psychologische Kriegsvorbereitung offen zu legen und auf die Gefahren aufmerksam zu machen, indem wir auch positiv konstruktive Perspektiven für eine friedliche Lösung aufzeigen.

Bernd Drücke: Welche Perspektiven sehen Sie denn?

Mohssen Massarrat: Es ist so, dass schon in 2010 die UN-Konferenz zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen zum ersten Mal nach langem Ringen den Beschluss gefasst hat, eine Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Nahen Osten einzuberufen, die über mehrere Jahre stattfinden soll. Diese sollte 2012 beginnen. Ich persönlich sehe darin eine Perspektive. So eine Konferenz bietet den richtigen Rahmen, um den iranischen Atomkonflikt zu verhandeln. Denn dann geht es darum, die gesamten Hintergründe des Wettrüstens in der Region einzubeziehen. Ein solches völkerrechtliches Gremium, und nicht die NATO oder die USA, hätte die Legitimation, um das Problem aufzugreifen und eine Abrüstung in der gesamten Region einzuleiten. Selbst wenn Staaten wie Israel oder der Iran nicht sofort dabei wären und vielleicht versuchen könnten diese Konferenz zu blockieren, wäre es wichtig, dass die Konferenz beginnt und öffentlich über die Hintergründe des Konfliktes verhandelt. Darin sehe ich eine Perspektive für Abrüstung bzw. Verhinderung der Produktion von Atombomben und damit für gemeinsame Sicherheit und regionale Kooperation. Genau eine solche Entwicklung fand auch in den letzten 50 bzw. 60 Jahren in Europa statt und durchaus auch mit Erfolg.

Interview: Bernd Drücke, Jonathan Und Monika

Anmerkungen:

1) Prof. Dr. Mohssen Massarrat (geb. 1942 in Teheran) ist Friedens- und Konfliktforscher. Er lebt seit 1961 in Deutschland und arbeitet u.a. zu den Forschungsschwerpunkten Mittlerer und Naher Osten, Energie und Nord-Süd-Konflikt.

Das Interview mit dem telefonisch aus Berlin zugeschalteten Mohssen Massarrat wurde am 13.2.2012 im Studio des Medienforum Münster geführt und als Teil einer 55minütigen Radio Graswurzelrevolution-Sendung am 19.2.2012 im Bürgerfunk auf Antenne Münster (95,4 Mhz., www.antenne-muenster.de) ausgestrahlt.

Maikel Nabil Sanad ist frei!

Der ägyptische Kriegsdienstverweigerer wurde aus der Haft entlassen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in einer Mail vom 13. Februar bezieht sich ein Leser kritisch auf den in der GWR 366 erschienenen Artikel über den Whistleblower Bradley Manning: „Tatsache ist, ... dass für einen Soldaten wie Bradley Manning Hunderte auf die Straße gehen, dass aber nur zehn Leute kommen, wenn es um einen KDVer und Militärkritiker wie Maikel Nabil Sanad geht...“

Stimmt. Tatsache ist aber auch, dass die GWR in fast jeder Ausgabe über den ägyptischen Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad berichtet hat. Dass sie da im Pressewald eine Ausnahme darstellt, ist leider ebenfalls eine Tatsache. Wir hatten uns große Sorgen um Maikel gemacht. Riesig gefreut haben wir uns, als er durch den Obersten Militärtribunal Ägyptens begnadigt und am 24.1.2012 nach 302 Tagen aus der Haft entlassen wurde (1).

In einer Erklärung zum Jahrestag der Revolution am 25. Januar erklärte Maikel: „Ich danke allen ÄgypterInnen und ausländischen AktivistInnen, die sich mit enormem Engagement dafür eingesetzt haben, dass ich meine Freiheit wiedererlange.“ Zudem machte er klar, dass er seine Inhaftierung als ungerechtfertigt ansieht: „Ich möchte, dass alle wissen, dass ich die Entscheidung zur Begnadigung ablehne. Ich habe kein Verbrechen begangen, das begnadigt werden könnte. Ich habe nur mein Recht auf Gedanken- und Redefreiheit ausgeübt.“

Maikel, der 2010 als erster in Ägypten seine pazifistisch motivierte Kriegsdienstverweigerung erklärt hatte, wurde im März 2011 verhaftet, weil er auf seinem Blog kritisch über die Rolle des Militärs während und nach der Revolution berichtete. Er schilderte darin die Menschenrechtsverletzungen und Einflussnahmen des ägyptischen Militärs. Im April 2011 wurde er zu drei Jahren Haft verurteilt. In einem Berufungsverfahren hob das Berufungsgericht das Urteil auf, verwies es aber zurück an das untergeordnete Militärgericht. Dieses sprach am 14.12.2011 im Wiederholungsverfahren ein Urteil von zwei Jahren Haft wegen Beleidigung des Militärs, Verbreitung falscher Informationen und Störung der öffentlichen Ordnung aus. Damit verletzte es weiter die Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und auf ein faires Verfahren.

Maikel war vom 23.8. bis 31.12.2011 in Hungerstreik getreten, mit der Forderung auf sofortige Freilassung. Durch Haft und Hungerstreik ist er gesundheitlich schwer beeinträchtigt und benötigt medizinische Hilfe. Maikel: „Alles Leid und aller Schmerz waren direkt vom Obersten Militärtribunal angeordnet. Wenn wir sehen, dass ein Wissenschaftler ... aufgrund der Befehle der politischen Führung der Nation leidet, müssen wir erkennen: Wir haben es mit einem korrupten, ungerechten und überheblichen politischen Regime zu tun.“

Ein großes Dankeschön auch an die GWR-LeserInnen, die sich für die Freilassung von Maikel engagiert haben. Ganz besonders an Connection e.V., die WRI und die DFG-VK, die sich unermüdlich für ihn ins Zeug gelegt haben.

Solidarische Grüße (auch nach Kairo),

Bernd Drücke (GWR-Koordinationsredakteur)

Siehe: www.graswurzel.net/news/sanad-frei.shtml



Bernd Drücke

Zeichnung: Findus